

Kennedy: Berlin bleibt frei

Zusicherungen des US-Präsidenten an Brandt — Gespräch im Weißen Haus

Washington (upi/ap). Präsident Kennedy hat dem Berliner Regierenden Bürgermeister Brandt versichert, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, die Freiheit der Westberliner zu wahren und die Position der Alliierten in der ehemaligen Reichshauptstadt zu verteidigen. Kennedy gab diese Erklärung in einer dreiviertelstündigen Unterredung, zu der er den Bürgermeister im Weißen Haus empfangen hatte. Wie Brandt nach der Unterredung mitteilte, hat Kennedy mit ihm die gegenwärtige Lage in Deutschland und die möglichen Entwicklungen in Berlin besprochen.

Brandt erklärte, er habe Kennedy auch über die Freiheit, den zunehmenden Wohlstand und das Vertrauen der Bevölkerung Westberlins informiert, mit dem diese in die Zukunft sehe. Präsident Kennedy habe

Lübke nach Paris

Paris (dpa/upi). Bundespräsident Heinrich Lübke wird sich vom 21. bis 23. Juni zu einem offiziellen Staatsbesuch in Paris aufhalten. Zum erstmalig seit mehr als hundert Jahren, als der spätere Kaiser Wilhelm I., damals noch als König von Preußen, den französischen Kaiser Napoleon III. besuchte, stattet ein deutsches Staatsoberhaupt Frankreich damit einen Besuch ab. Wie verlautet, wird der Bundespräsident bei seinem Staatsbesuch als erster Deutscher mit dem Großkreuz der französischen Ehrenlegion dekoriert werden.

auf das große Interesse des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierung an Berlin verwiesen.

In der Fernsehsendung „Meet the press“ hatte Brandt betont, er sei zwar nicht gegen neue Verhandlungen mit den Sowjets, doch glaube er nach wie vor, daß es gefährlich sei, Änderungen im Status der Stadt vorzuschlagen. Sehr nachdrücklich sprach sich Brandt dagegen aus, den

Schutz Berlins der UNO zu überlassen. „Wir fühlen uns unter der westlichen Verantwortung viel sicherer“, sagte er wörtlich. Seine Ansicht, daß es in der nächsten Zeit zu keiner neuen Berlin-Krise kommen werde, stützte er auf das jüngste sowjetische Memorandum an die Bundesregierung.

Auf verschiedene Fragen der Journalisten zur deutschen Politik meinte Brandt, die SPD werde im Falle eines Wahlsieges die gegenwärtige Außenpolitik im Prinzip fortsetzen. Zum Eichmann-Prozeß sprach er die Hoffnung aus, daß die vom Bundeskanzler zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen sich nicht bewahrheiteten. Dem Ausland

sollte gezeigt werden, daß es in Deutschland einen wirklichen Wechsel gegeben habe. Als Brandt nach einer möglichen Atombewaffnung der Bundeswehr gefragt wurde, erwiderte er ausweichend, dies sei Angelegenheit der NATO und der westlichen Gemeinschaft.

Ferner erörterte Brandt mit Deutschland-Experten des US-Außenministeriums ebenfalls die Berlin-Situation und das Deutschland-Problem. Vor der demokratischen Parteiorganisation „Americans for Democratic action“ meinte der Regierende Bürgermeister, Deutschland werde mithelfen müssen, vermeidbare Spannungen in seinem Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn abzubauen. „Nur eines darf man von uns nicht erwarten: daß wir auf die Wiedervereinigung verzichten.“ Zur westlichen Gemeinschaft müsse Deutschland einen „fairen Beitrag“ leisten und sich zu „fortlaufenden angemessenen Leistungen für die Entwicklungshilfe bereit finden“.

US-Forderungen an Moskau

Flieger-Freilassung, Abrüstung, Atomstop, Deutschland

Washington (ap). Das Weiße Haus bestätigte, daß drei Wochen nach der Wahl Kennedys amerikanische Teilnehmer an einer Wissenschaftler-Konferenz in Moskau die Entlassung der beiden RB-47-Piloten als einen „gesunden ersten Schritt“ zur Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bezeichnet haben. Der Gruppe hätten Dr. Wiesner und Dr. Rostow angehört, die jetzt wichtige Berater Kennedys seien.

Nach dem Bericht der „New

York Herald Tribune“ haben Wiesner und Rostow damals mehrere Unterredungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kusnezow gehabt und dabei als weitere Punkte vor einem Ost-West-Gipfeltreffen genannt: Ein „würdiges Treffen“ zwischen Chruschtschow und Kennedy zur Unterzeichnung eines Vertrages über die Einstellung von Kernwaffenversuchen, Fortschritte in der Abrüstung und freie Wahlen in ganz Deutschland sowie die Garantie des westlichen Zugangs nach Berlin.

Zuviel und zuwenig Staat

K. W. B. Wenn die Ministerpräsidenten unserer Bundesländer zusammentreten, kann der Bürger nichts Rechtes mit Sinn und Zweck einer solchen Veranstaltung anfangen. In einem zwölfjährigen Leben in der Bundesrepublik hat der Bürger es schwer genug gehabt, zu erkennen, wo die verfassungsmäßigen Instanzen für die politischen Entscheidungen in seinem Land sitzen und tätig sind. Er weiß, daß die Bundesregierung in erster Linie das Gremium ist, auf das er Hoffnung und Kritik für seine Wünsche setzt. Er hat auch kennengelernt, wie schwer es sich die von ihm gewählten Volksvertreter im Bundestag machen, der Bundesregierung die für die Exekutive notwendigen Gesetze zu liefern. Wenn er noch ein wenig intensiver und sachkundiger den Prozeß der politischen Gestaltwerdung in der Bundesrepublik verfolgt, dann hat er auch die nützliche Funktion des Bundesrates verstehen und schätzensgelernt. Aber das Grundgesetz bietet ihm keine Hilfe, wenn er danach fragt, was neben dem Bundesrat, der Vertretung der Länder, die Konferenz der Regierungschefs der gleichen Länder für eine politische Funktion ausüben soll und ausüben kann.

★

Allein der besondere Anlaß, der die Ministerpräsidenten der Bundesländer an den Sitz der Bundesgewalt, nach Bonn, zusammengetrieben hat, kann ein paar Anhaltspunkte dafür geben, wieviel in unserem Staate richtig und wieviel falsch läuft. Die Regierungschefs der Länder wollten sich schlüssig werden über die Konsequenzen, die sie aus dem Karlsruher Fernsehurteil zu ziehen haben. Die Länder-Herzöge sind zwar auch in früheren Jahren mit einer gewissen Regelmäßigkeit zusammengetroffen; doch niemand hat diese Zusammenkünfte anders als eine kollegiale Überprüfung der von Jahr zu Jahr wachsenden Bundesanstrengungen gegenüber den Ländern und umgekehrt der noch verbleiben-

den Landesrechte gegenüber den gesteigerten Bundespflichten aufgefaßt.

Diesmal aber hat sie zu solcher Überprüfung der föderalistischen Entwicklung in Deutschland eine höchste Instanz des Bundes, nämlich das Karlsruher Verfassungsgericht, geradezu verpflichtet. Mit seinem ominösen Satz in der Urteilsbegründung: „Soweit kulturelle Angelegenheiten überhaupt staatlich verwaltet und geregelt werden können, fallen sie nach der Grundentscheidung des Grundgesetzes in den Bereich der Länder“ hat Karlsruhe die Länder beinahe wider ihren Willen in eine Aktions-Notwendigkeit zurückgestoßen, die viele von ihnen gern je länger, je lieber beim Bund gut aufgehoben wissen.

★

Der Sieg von Karlsruhe über den Bund ist den meisten von ihnen schon wenige Tage, nachdem der Lorbeer des Triumphes zu welken begann, als ein Pyrrhus-Sieg erschienen. Hin und her gerissen vom Stolz auf die landestümlichen, kulturellen Hoheitsrechte und der Einsicht, daß die politische Entwicklung Deutschlands in der Mitte der Weltgegensätze nichts dringender als zentrale Anstrengungen der Bundesrepublik verlangt, hatten die meisten deutschen Länder stillschweigend gern die selbstlose und zielkräftige Bemühung des Bundes um eine gemeinsame kulturpolitische Repräsentation hingenommen. Mehr als dies: die Länder hatten nicht nur applaudierend zugehört, sondern auch mehr Leistung vom Bund verlangt, wenn die Frage der Förderung der Hochschulen, des Studententums und Dozenten-Nachwuchses, der kulturellen Repräsentation des Bundes in die Welt hinaus, der sozialen Förderung der Jugendverbände, der großzügigen Unterstützung der Forschung und vieles andere mehr aus diesem Bereich zur Rede stand. Den verantwortlichen Verwaltern der Bundesländer ist das Unbehagen anzusehen, wenn sie jetzt, von den Hütern des Grundgesetzes dazu gerufen, konsequenterweise dem Bund mit dem alleinigen Länderrecht auf Rundfunk- und Fernseh-Ausstrahlung auch die materiell viel höher ins Gewicht fallende Leistung des

Bundes für Jugend, Hochschulen und Kultur-Repräsentation verlangen und also abnehmen müßten.

★

Doch zu solchen Folgerungen wird es gewiß nicht nur nicht wegen der Freude kommen, die die Bundesländer an dieser verfassungsmäßig so illegalen Betätigung des Bundes haben. Die Regierungschefs aus den Bundesländern — selbst der aus dem extrem föderalen Bayern — werden auf der Woge des Karlsruher Fernseh-Urteils wohl zu überlegen haben, wie heute, zwölf Jahre nach dem Erlaß des Grundgesetzes, der Karlsruher Spruch über die „Bundesfreundlichkeit“ politisch richtig gedeutet werden muß. Man braucht sich nicht an das zornige Wort des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier zu klammern, der kopfschüttelnd ausrief: „Wie soll jetzt das Grundgesetz überhaupt verstanden werden?“

★

Man kann sich wohl grundsätzlich dem föderalen Aufbau des Staates verbunden wissen, aber man muß genug moderner Politiker sein, um zu erkennen, wo die politische Wirklichkeit eine entschlossene, zentrale politische Anstrengung verlangt. Schon jetzt sehen einige der Bundesländer ein, daß das Bundesverfassungsgericht niemals mit der Klärung dieses politischen Streitfalls hätte befaßt werden dürfen. Das Grundgesetz darf nicht zum Richter aufgerufen werden, wenn ein Staat von allen Beteiligten als national empfundene Aufgaben auch national zu bewältigen sucht. Wir werden es auch weiterhin schwer haben, die immer sichtbareren als nationale Aufgaben uns abgeforderten kulturellen Leistungen des Staates in einer Bundesinstanz zu vereinigen. Man braucht dabei nicht einmal an Instanzen wie etwa ein künftiges Bundeskultur-Ministerium oder ein Wissenschaftsministerium zu denken. Daß wir es auf die Dauer, ob mit der provisorischen Verfassung oder mit ihrer bloßen Duldung tun müssen, das wissen auch die Hüter der Länderrechte, die Ministerpräsidenten. Ein Umdenken wird jetzt notwendig werden, das nicht nur die Zukunft des zweiten Fernsehens betrifft.

Die Welt über die Zone aufklären

Forderungen der Exil-CDU — „Freie Stadt Westberlin“ keine politische Lösung

DT. Braunschweig (Eigenbericht). Mit der Bitte an die Bundesregierung, noch mehr als bisher die Weltöffentlichkeit über die unhaltbar werdenden Zustände aufzuklären, die sich aus der Teilung Deutschlands und der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts ergeben, ist der siebente Parteitag der Exil-CDU in Braunschweig beendet worden. 160 Delegierte vertraten auch diesmal wieder die echte CDU der sowjetischen Besatzungszone. Sie waren durch die Funktionen legitimiert, die sie vor ihrer Flucht wahrgenommen haben. Ferner forderte der Parteitag einstimmig, daß der Deutschland-Funk seine Arbeit im Interesse der Menschen in der Zone aufnimmt.

Als erster Vorsitzender wurde der seit langem erkrankte frühere Bundesminister Jakob Kaiser wiedergewählt. Sein Nachfolger Lemmer wurde als zweiter Vorsitzender bestätigt.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung standen drei Referate, die sich mit den Verhältnissen in der Zone, mit Berlin und mit der Lage der Flüchtlinge befaßten. Mit starkem Beifall wurde der Berliner Bürgermeister Amrehn begrüßt. „Wir spüren und wissen alle“, so sagte er, „das Schicksal Berlins bestimmt das Schicksal Deutschlands.“ Schon aus dieser Überlegung scheidet der Gedanke an eine sogenannte Freie Stadt als politische Lösung aus. Wohl könne die Sowjetunion mit einem separaten Friedensvertrag drohen, wünschen könne sie ihn aber nicht, denn damit wären alle Bemühungen um einen westöstlichen Interessenausgleich gescheitert. Mit Nachdruck setzte sich Amrehn für die im November vorigen Jahres im Ostsektor verhafteten Berliner CDU-Mitglieder Alfred Weise, Josef Braun und Anna Mrugalski ein. Entgegen der östlichen Strafprozeßordnung sei das Ermittlungsverfahren nicht innerhalb von drei Monaten abgeschlossen worden. Auch dürften sich die Verhafteten keinen Verteidiger bestellen.

Auf der Eröffnungssitzung, an der neben 160 Delegierten vier Bundesminister und mehrere Bundestagsabgeordnete teilnahmen, setzte sich Bundesminister Lemmer mit den Vorwürfen des „Rheinischen Merkur“ gegen den Regierenden Bürgermeister Brandt auseinander. Es sei unanständig, sagte Lemmer, Menschen zu diffamieren, die in die Emigration gegangen seien. Er und seine Freunde seien

auch Emigranten, und das im eigenen Vaterland. Die Entscheidung, die jeder einzelne vor seinem Gewissen zu verantworten habe, werde von den Mitgliedern der Exil-CDU respektiert.

Flade: Opferbereit sein

Hermann Josef Flade, der seine Jugendjahre in den Zuchthäusern der Zone verbringen mußte, versicherte ohne alles Pathos: „Die Opfer, die wir gebracht haben und noch bringen müssen, haben wir im Sinne eines freien Deutschlands geleistet.“ Diese Opferbereitschaft gelte es wachzuhalten, dann werde der Terror des Bolschewismus zugrunde gehen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone, bedauerte das Karlsruher Fernsehurteil. Nach dem Grundgesetz, so sagte er, spreche die Bundesregierung auch für die 17 Millionen in der Zone. „Wie kann sie das aber, wenn sie keinen Einfluß auf die wichtigsten Publikationsorgane hat? Sie ist damit, entgegen dem Willen des Grundgesetzes, zur Ohnmacht verurteilt.“

„Entrüstung genügt nicht“

In seinem Eröffnungsreferat beschäftigte sich Bundestagsabgeordneter Gradl mit den Aussichten auf eine Wiedervereinigung. In allen Schichten der Bevölkerung fänden sich Leute, die dieses Ziel als eine Illusion bezeichneten. Mit der Teilung, so meinten sie, müsse man sich abfinden. „Über solche lähmende Einstellung kann man sich entrüsten, aber Entrüstung genügt nicht“, rief Gradl aus. Die Geschichte habe immer wieder Überraschungen gebracht. Vor zehn Jahren habe kein Mensch daran gedacht, daß die Bundes-

republik in der Weltpolitik noch einmal eine Rolle spielen werde. Die Menschen in der Zone erwarteten, daß in den Nebel von Skepsis und Resignation ein aufklärender Wind fahre. Ein Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten sei ein Vertrag der Unterwerfung. Die ersten Schritte zu einer kontrollierten Abrüstung müßten auch zu einer Lösung der deutschen Frage führen.

Auf der Kundgebung in der neuen Technischen Hochschule gab Bundesaußenminister von Brentano seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch die Sowjetunion eines Tages einsehen werde, daß es sinnvoller sei, allen Deutschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

„Deutsche wie du und ich“

Unter lang anhaltendem Beifall erklärte Bundesminister Lemmer, ein Regime, dem die Menschen zu Tausenden wegliefen, gehöre vor den Richterstuhl der Geschichte. Er appellierte an die Sowjetregierung, zu bedenken, daß in der Zone auf deutschem Boden nur eine Handvoll Kommunisten leben, „aber 17 Millionen Deutsche wie du und ich“. Wenn die bundesdeutschen Parteien für die Volkskammerwahlen zugelassen würden, sei auch Bonn bereit, das Verbot der KPD aufzuheben.

Hagemann verschwunden

Münster (ap/dpa). Der vom Dienst suspendierte Leiter des Publizistischen Instituts der Universität Münster, Prof. Walter Hagemann, ist spurlos verschwunden. Hagemann sollte sich am 6. April vor dem Landgericht Münster wegen Falschschlusses verantworten.

Wie hierzu bekannt wird, hat Hagemann sein Haus verkauft und mit dem Erlös die Kaution bezahlt. Das Gericht war davon unterrichtet, daß die Restkaufsumme vor einigen Wochen an Hagemann ausgezahlt worden war. Er sollte daher erneut in Haft genommen werden, zumal ihm in einem früheren Verfahren bereits Ostkontakte zur Last gelegt worden waren.

Realitäten

DT. Zweierlei ist wichtig, wenn an die Zukunft ganz Deutschlands gedacht wird. Zuerst und unerlässlich ist notwendig, daß die Wiedervereinigung nicht als eine Illusion empfunden, sondern als Hoffnung immer neu belebt wird. Dr. Gradl, der Geschäftsführer der Exil-CDU, hat eben vor seinen aus der Zone geflohenen politischen Freunden in Braunschweig diesen Grundsatz erneut als die politische Arbeitslinie für alle Deutschen gefordert. Und sein Parteifreund, Minister Lemmer, hat zu diesem moralisch-politischen Verlangen die konkrete Aufforderung an die Sowjetunion gerichtet, den Deutschen in der Zone das gleiche Recht, frei wählen zu können wie die Deutschen westlich der Elbe, zu gewähren. Dies alles steht dem letzten Chruschtschowschen Memorandum gewissermaßen als Antwort gegenüber. Ein immer wiederkehrendes Wort in dieser Note war die „Realität“ — die Realität des verlorenen Krieges, die Realität zweier deutscher Staaten.

Bundesaußenminister v. Brentano hat an gleicher Stelle in Braunschweig den Chruschtschowschen Realitäten eine andere gegenübergestellt, nämlich den Wunsch des deutschen Volkes, in Einheit und Freiheit leben zu wollen. Der Versuch der Sowjetunion, uns zu einem Alleingang in der Frage eines Friedensvertrages zu bewegen, ist nach Brentanos Meinung zum Scheitern verurteilt. Damit kann sich die Sowjetunion ihrer Viermächte-Verantwortung nicht entziehen. Es war beruhigend, aus dem Munde des Bundesaußenministers zu vernehmen, daß seine jüngsten Gespräche in Paris, London und Washington völlige Übereinstimmung mit dem Standpunkt der Bundesrepublik ergeben haben.

Noch von anderen Realitäten war die Rede auf diesem siebensten Parteitag der Exil-CDU, allem voran von der Tatsache, daß das Ulbricht-Regime nicht auf dem Willen der Bevölkerung beruht. Bundesminister Lemmer unterstrich sein Vertrauen in die Moral und Standhaftigkeit der Zonenbevölkerung.

Seine Feststellung, alle, die in der Zone geblieben seien, ohne ihre Gesinnung und ihren Charakter verkauft zu haben, seien die Ehrenbürger eines wiedervereinigten Deutschlands, fand begeisterte Zustimmung.

Auch eine große Gefahr zeigt dieser Parteitag auf. Das deutsche Volk könnte sich, so fürchteten einige der Diskussions Teilnehmer, mit seiner Teilung abfinden. Der unverminderte Strom von Flüchtlingen erscheint manchen schon so selbstverständlich wie die täglichen Unfallziffern. Nicht nur die jüngsten Erklärungen der neuen

amerikanischen Regierung weisen auf die elementare Pflicht der nationalen Selbsthilfe hin. Die Welt kann für uns nicht mehr tun, als wir selbst zu tun bereit sind. Sosehr auch Not und Elend abstupfen, wie sie das Zonenregime täglich verbreitet: Die Bevölkerung der Bundesrepublik muß auch jeden Anschein vermeiden, daß sie gleichgültig geworden ist. Eine ständige Bemühung um das nicht aus den Augen zu verlierende Ziel der Wiedervereinigung ist das Gebot der Stunde. Der Ruf aus Braunschweig ist ein Ruf, der alle angeht.

Daumes Entscheidung begrüßt

Parteien zur Zurückziehung der Eishockeymannschaft

Genf (UPI/AP). Die Entscheidung der Eishockey-Mannschaft der Bundesrepublik in Genf, auf das Spiel gegen die Mannschaft der Sowjetzone zu verzichten und die Eisfläche zu verlassen, ist von allen Parteien in der Bundesrepublik begrüßt worden. Die Mannschaft war zu ihrem letzten Spiel nicht mehr angetreten, weil die Flagge der Sowjetzone mit Hammer und Zirkel neben der Fahne der Bundesrepublik gehißt worden war und die Veranstalter auf das Absingen der Hymnen nicht verzichten wollten.

Nachdem zwei Kompromißvorschläge des Deutschen Eis-

sportverbandes vom Internationalen Eissportverband abgelehnt worden waren, entschloß sich die deutsche Sportführung, ihre Mannschaft aus dem Turnier zurückzuziehen. Wie der Präsident des Deutschen Sportbundes, Daume, der selbst in Genf anwesend war, erklärte, war dem Internationalen Verband vorgeschlagen worden, das Spiel Bundesrepublik gegen Sowjetzone ohne Fahne und Hymnenprotokoll für den Sieger durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde von dem britischen Präsidenten Ahearne abgelehnt. Auch der Vorschlag, daß sich im Falle eines Sieges der Sowjetzone die Spieler beider Mannschaften durch Handschlag gratulieren sollten, wurde abgelehnt. Präsident Ahearne ließ inzwischen verlauten, die Bundesrepublik werde möglicherweise aus dem Internationalen Verband ausgestoßen werden.

Während die Sowjetzonenpresse den Vorfall als politischen und moralischen Sieg Pankows über die Bundesrepublik feierte, hat die Bonner Regierung bereits am Sonntagabend sich voll und ganz hinter die Entscheidung der Mannschaftsführung der deutschen Eishockey-Mannschaft gestellt. Ein Sprecher sagte, diese Entscheidung stimme völlig mit dem Inhalt der Besprechung zwischen Bundesaußenminister von Brentano und DSB-Präsident Daume vom 8. März überein.

Zonen-CDU will Kirchentag boykottieren

Berlin (DPA/AP). Die Parteiorganisationen der Zonen-CDU haben den Auftrag erhalten, unter der evangelischen Bevölkerung eine massive Propaganda gegen den Evangelischen Kirchentag in Berlin zu entfalten. Ein erster Appell dieser Art, in dem Westberlin als Tagungsort kategorisch abgelehnt wird, ist nach einer Meldung des Informationsbüros West vom Vorstand der CDU-Bezirksorganisation Erfurt veröffentlicht worden. Darin heißt es, da der Evangelische Kirchentag mit seiner Festlegung für Westberlin bereits politisiert sei, sei es keinem Bürger der „DDR“ zumutbar, daran teilzunehmen.“

„Spielautomaten“ ersetzen Wahlurnen

Erster Versuch in Altersheimen — Ergebnisse gleich nach Wahlschluß

Dortmund (Eigenbericht). 300 alte Damen und Herren, die meisten zwischen 60 und 70 Jahren, haben bei den Kommunalwahlen am 19. März in Nordrhein-Westfalen „Versuchskaninchen“ gespielt. In den Städten Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Krefeld und Oberhausen ist zum ersten Male bei Wahlen im Bundesgebiet statt mit Stimmzetteln und Urnen mit Wahlmaschinen gewählt worden.

Die Generalprobe haben 80 alte Damen des Altersheimes der Stadt Darmstadt durchgespielt. Sie bekamen wie beim Roulette handliche glatte Chips. Jedemal, wenn diese Marken von ihnen in den Schlitz einer Maschine gesteckt wurden, ertönte ein helles Klingelzeichen.

Schlitze für „Angebote“

Der ergraute Feinmaschinenbauer Fritz Eller aus Darmstadt, der Erfinder der „Wahlmaschine“, scheint die Entwicklung in der Bundesrepublik mit einer Zahl von acht Parteien zunächst ziemlich optimistisch beurteilt zu haben. Denn ähnlich wie bei einem Warenautomaten besitzt die Maschine für jedes verschiedene „Angebot“ einen Schlitz. Ellers erstes Modell sieht neun Einwurfmöglichkeiten für die Wahlmarken vor. Acht für die Kandidaten, einen für die Stimmthalungen.

Der ganze Wahlvorgang besteht im Einstecken der dünnen Plastikchips in einen der Schlitze, über denen CDU, SPD oder FDP steht. Ein leichter Druckpunkt ist zu überwinden, und wenn's geklingelt hat, ist die Stimme abgegeben. Die Maschine registriert und addiert die Stimmen, so daß zu jeder Zeit der Wahl das Ergebnis sofort abgelesen werden kann. „Wahl Nächte bis morgens um drei wird es nicht mehr geben, um 18.05 Uhr ist das Ergebnis bei Wahlschluß 18 Uhr da“, prophezeit der Erfinder.

„Und wenn der Strom ausfällt?“ wurde der Konstrukteur gefragt. Er lächelte. „Wir arbeiten ohne Strom.“ Für den Fall der Fälle müßte beim „Total Einsatz“ in der Bundesrepublik, wie es die Wahlexperten nen-

nen, eine Ersatzmaschine bereitstehen. Die Praktiker machen den Einwand, daß vor allem ältere Menschen, „die noch nie einen Spielautomaten bedient haben“, von der Technik abgeschreckt werden könnten. Der Leiter des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Dortmund, Direktor Dr. Dietrich, springt jedoch dem Erfinder zur Seite: „Wer hat noch nicht Zigaretten oder Blumen aus dem Automaten gezogen, viel anders ist dieses hier auch nicht. Keine Angst vor der Technik!“

Sowohl das Bundeswahlgesetz wie das Kommunalwahlgesetz lassen den Einsatz von Wahlmaschinen zu. Die Genehmigung zur Aufstellung in den Wahllokale wurde nach einer vom Bundesinnenministerium verlangten Prüfung durch die physikalisch-Technische Bundesanstalt und praktische Tests gegeben.

Vollautomatisch

Die „vollautomatische Wahl“, auf die Thomas Alava Edison 1869 das erste amerikanische Patent erhielt, wird nach Ansicht der Wahlleiter das Wahrecht „entkörpern“. Diesem psychologischen Nachteil stehe allerdings die schnellere und sichere Ermittlung des Wahlergebnisses gegenüber. „Vor allem fallen

die stundenlangen Diskussionen über die Gültigkeit der ungenau ausgefüllten Stimmzettel weg. Diese Entscheidung nimmt die Maschine dem Wahlvorstand ab.“

Der Wahlvorstand, der bisher mindestens aus drei Personen bestehen mußte, wird wegen der maschinellen Hilfe nach Ansicht der Fachleute nicht in kleinerer Besetzung arbeiten können. „Eine Einsparung ergibt sich aber dadurch, daß nicht so hohe Kosten für Bier und Brötchen für die Zählerlei bis nach Mitternacht erstattet werden müssen“, meinte ein Ratsherr. Demgegenüber stehen die Anschaffungskosten von 1500 bis 1600 Mark je Wahlmaschine. Eine Stadt wie Oberhausen würde 200 „automatische Urnen“ bei Stimmbezirken von je 2500 Einwohnern benötigen. Das sind immerhin 800 000 Mark.

Die Wahlleiter der Versuchsstädte gebärden sich jedoch nicht als Maschinenstürmer. „Vielleicht“, so rechnet einer, „lockt der Automat im Wahllokal mehr Wähler an als die alte Urne aus den Zeiten der Römer.“ Für alle Fälle soll jedoch auch bei der Wahl per Automaten die konventionelle Methode „in Reserve“ gehalten werden, damit bei Störungen sofort umgeschaltet werden kann. W. D.

Nur über ganz Berlin!

Englischer Vorschlag beim 12. deutsch-britischen Gespräch

Königswinter (dpa/upi). In den Ost-West-Verhandlungen über Berlin sollte der Westen aufhören, von Westberlin zu sprechen, und über ganz Berlin verhandeln. Dies forderte der konservative Unterhausabgeordnete Kirk in der Schlussitzung des deutsch-britischen Gespräches in Königswinter. Ein anderer britischer Vorschlag, Gesamtberlin zum UNO-Sitz zu machen, wurde von den deutschen Teilnehmern abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wurde der britische Vorschlag, die Bundesrepublik sollte ihre Aufnahme in die UNO anstreben. Selbst wenn auch die Zone in die Weltorganisation aufgenommen

werden sollte, bedeute das noch nicht ihre staatliche Anerkennung und würde auch kein Hindernis für die Wiedervereinigung sein, argumentierten die britischen Gesprächspartner. Die deutschen Teilnehmer lehnten diese Idee rundweg ab.

Einmütigkeit herrschte hingegen darüber, daß ein Brückenschlag zwischen EWG und EFTA um der europäischen Einheit willen notwendig sei und daß die Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen zu Polen schaffen müsse. Allgemeine Zustimmung fand auch die These, daß ein militärisches „Disengagement“ in Europa nicht diskutabel sei.

Kaul wird ausgeschlossen

Karlsruhe verwehrt Teilnahme an Staatsschutzprozessen

Karlsruhe (ap/upi). Der Ostberliner SED-Anwalt Dr. Kaul darf auf Beschluß des Bundesgerichtshofes nicht mehr als Verteidiger an Staatsschutzprozessen teilnehmen. In dem Beschluß des Bundesgerichtshofes, gegen den Kaul bereits Verfassungsbeschwerde erhoben hat, heißt es wörtlich: „Ein Strafverteidiger, der die Verteidigung nicht unabhängig führt, sondern dabei Weisungen unbeteiligter politischer Stellen befolgt, ist gesetzlich als Verteidiger ausgeschlossen und vom erkennenden Gericht von Amts wegen zurückzuweisen.“ Kaul vertrete immer die Sache der SED als seine eigene und begehre dabei sogar Pflichtverletzungen gegenüber seinen Mandanten.

Die Entscheidung betrifft zunächst nur zwei anhängige Verfahren. In jedem weiteren Falle

In hohlen Walnüssen

Sowjetagenten vor Gericht

Karlsruhe (ap). Der 47jährige Amtsgehilfe Ernst Müller aus dem Bundesverkehrsministerium und seine 39jährige Frau Lisbeth mußten sich vor dem Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes wegen vollendeten Landesverrats verantworten.

Beide gaben vor Gericht zu, daß sie von 1954 bis zu ihrer Festnahme im August vergangenen Jahres für den sowjetischen Nachrichtendienst geheimzuhaltende Akten des Bundesverkehrsministeriums mit einer Kleinbildkamera fotografierten und die Filme in hohlen Walnüssen, in Thermosflaschen, Spielzeugeisenbahnen und doppelten Kofferböden an ihre Auftragnehmer lieferten. Kurier war lange Zeit hindurch der Schwiegervater des Amtsgehilfen aus Erla-Crandorf bei Zwickau. Unter den von Müller fotografierten geheimen Akten befanden sich nach Feststellung des Gerichts auch Schriftstücke aus dem NATO-Referat des Bundesverkehrsministeriums. Müller erhielt fünf Jahre Zuchthaus, seine Frau zwei Jahre.

einer geplanten Verteidigung vor dem Bundesgerichtshof muß erneut untersucht werden, ob Kaul gegenüber der SED weisungsgebunden und daher nicht so unabhängig ist, wie das Gesetz es fordert. Kaul darf, da er in Westberlin als Anwalt zugelassen ist, grundsätzlich auch vor Gerichten des Bundesgebiets auftreten. Hierzu erklärt der Bundesgerichtshof, die Beurteilung anwaltlicher Befugnisse sei Sache des Ehrengerichtes der Anwaltskammer.

Neues Bundesamt nach Berlin

Einstimmiger Beschluß des Parlaments

Bonn (Eigenbericht/ap/upi). Ein neues Bundesamt wird in Kürze seinen Sitz in Berlin nehmen. Einstimmig beschloß der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das sogenannte Kreditwesen-Gesetz, das das gesamte Bank- und Kreditgewerbe neu regelt und ein Bundesaufsichtsamt für das Bankgewerbe mit Sitz in Berlin vorsieht.

In den letzten Tagen war zwischen den Fraktionen des Bundestages ohne viel Aufhebens eine Verständigung darüber erzielt worden, daß das Aufsichtsamt nicht in Frankfurt, am Sitz der Bundesbank, errichtet wer-

Von Israel abgelehnt

Jerusalem (dpa). Der israelische Generalstaatsanwalt Hausner hat den Antrag des Ostberliner SED-Anwalts Kaul abgelehnt, als beratender Anwalt der Anklage im Eichmann-Prozeß zugezogen zu werden. Kaul wollte ursprünglich im Auftrage von vier jüdischen Verfolgten des NS-Regimes aus der Sowjetzone im Eichmann-Prozeß als Nebenkläger zugelassen werden. Nach einer kürzlich verabschiedeten Novelle zur israelischen Strafprozeßordnung sind jedoch bei Strafprozessen, in denen die Todesstrafe droht, Zivilklagen ausgeschlossen.

den sollte. Aus politischen Gründen ist eine Debatte im Parlamentsplenum darüber vermieden worden.

Zwar ist mit einem Einspruch des Bundesrates gegen die Gesetzesvorlage zu rechnen, weil die Länder nach wie vor Bedenken gegen ein zentrales Aufsichtsamt für das Kreditwesen vorbringen. Die Länder-Klippe dürfte aber schließlich doch noch umschiffen werden können, da das ungewöhnliche Abstimmungsergebnis im Bundestag in jedem Fall ausreicht, um das negative Votum des Bundesrates mit Zweidrittelmehrheit zu überstimmen.

Konflikt Moskau—Tirana

Verhalten der albanischen Kommunisten soll geprüft werden

Belgrad (ap/upi). Das Zentralkomitee der KPdSU hat nach Mitteilung einer ausländischen diplomatischen Quelle die Zentralkomitees aller kommunistischen Parteien der europäischen Ostblockstaaten aufgefordert, das Verhalten der KP Albanien zu prüfen. Der Schritt Moskaus ist offenbar die Antwort auf die Verhaftung von zwei Mitarbeitern des albanischen Außenministeriums, die vom stalinistischen Regime in Tirana „der Spionage für die Sowjetunion“ beschuldigt werden.

Nach derselben Quelle soll Moskau zu dem Rundschreiben von der SED und der KPD der Tschechoslowakei angeregt worden sein. In allen Auseinander-

setzungen zwischen Rotchina und Moskau hat sich Albanien bisher eindeutig auf Pekingss Seite gestellt.

Kampagne gegen Tito

Auch Jugoslawiens Staatspräsident Tito steht seit kurzem unter verstärktem Beschuß. Zum ersten Male seit dem Tode Stalins stimmten jetzt auch sowjetische Zeitungen in breiter Front in den Chor der titofeindlichen Äußerungen des Ostblocks ein. Diese Wendung läßt vermuten, daß Chruschtschow jetzt das bisher eingehaltene Stillhalte-Abkommen gebrochen hat und auf die unnachgiebige Haltung Rotchinas eingeschwenkt ist.

2000 Berliner legten die Arbeit nieder

Spontaner Protest gegen SED-Agitatoren — Sie wollten Betriebsratswahlen beeinflussen

Berlin (Eigenbericht). Aus Protest gegen die kommunistische Wühlarbeit im Eternit-Werk in Berlin-Rudow, haben die rund 2000 Betriebsangehörigen in einer spontanen Reaktion für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. In einer darauffolgenden Betriebsversammlung wurde die fristlose Entlassung der SED-Funktionäre gefordert. Als ein derartiger Beschluß mit Rücksicht auf die Familien nicht zustande kam, weigerte sich ein Teil der Arbeiter später, mit den Kommunisten weiter zusammenzuarbeiten. Nach Mitteilung der Betriebsleitung haben bisher zwei SED-Funktionäre freiwillig den Betrieb verlassen.

Dem spontanen Protestschritt der Berliner Arbeiter, der die Stimmung der Bevölkerung wiedergibt und gleichzeitig die Situation in den Betrieben schlagartig beleuchtet, wird schon nach den ersten Stellungnahmen in politischen Kreisen große Bedeutung zugemessen. Der Streik gegen die SED-Infiltration erfolgte, wie erst am Freitag bekannt wurde, bereits am Donnerstag. Vorangegangen waren wochenlange Bemühungen der Kommunisten, die Arbeiter mit Flugschriften, Briefen und Verleumdungen zu beeinflussen. Es ging dabei um die Kandidatenliste der Be-

triebsratswahlen der Firma. In das Eternit-Werk wurden zu diesem Zweck offenbar besonders geschulte Funktionäre aus Neukölln eingeschleust.

In der Betriebsversammlung wurde eindeutig klargestellt, daß die SED-Anhänger in dem Betrieb unerwünscht sind. Die Arbeiter wandten sich dagegen, daß Kommunisten auf die Kandidatenlisten kommen. Außer ihrer Entfernung aus dem Betrieb wurde auch der Ausschluss von SED-Funktionären aus der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik im Berliner DGB gefordert.

Klare Abfuhr für Ulbricht

Kriegsdienstverweigerer fordern Abrüstung auch im Osten

Frankfurt (ap). Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik hat sich in einem offenen Brief an den Zonen - Staatsratsvorsitzenden Ulbricht scharf gegen die Einmischung der SED-Propaganda in die Anti-Atom- und Anti-Kriegs - Demonstrationen des Verbandes verwahrt. In dem Schreiben wird Ulbricht empfohlen, parallel zu westdeutschen Protestaktionen gegen die „Atomrüstung des Westblocks ostdeutsche Protestaktionen gegen die östliche Atomrüstung“ zu veranstalten.

Keller verweist auf die SED-Propaganda anläßlich der von den Atomwaffengegnern zu Ostern geplanten Protestmärsche und erklärt, diese unerwünschte Einmischung schade der Sache des Kampfes für den Frieden gegen die Atomkriegsbereitschaft. „Uns erscheinen die sowjetischen Atomwaffen genauso gefährlich wie die amerikanischen. Ferner erscheint

uns die ... Bereitschaft der führenden Politiker des Ostblocks, die ‚sozialen Errungenschaften‘ mit Atomwaffen zu ‚verteidigen‘, nicht minder widersinnig als die Bereitschaft westlicher Politiker, die Freiheit mit dem gleichen untauglichen Mittel atomarer Massenvernichtung zu ‚retten‘“, schreibt Keller.

SED beschlagnahmt

Berlin (dpa). Auf Anordnung des Presseamtes beim Sowjetzonen-Ministerpräsidenten durften die neuesten Nummern der evangelischen Wochenzeitungen „Potsdamer Kirche“ und „Berliner Sonntagsblatt — Die Kirche“ (Ostberliner Ausgabe) nicht ausgeliefert werden. Beide Kirchenblätter enthielten eine kurze Notiz über die Entscheidung des Kirchentagspräsidiums, den Kirchentag 1961 nun doch in Berlin stattfinden zu lassen.

Bonn über Gomulka enttäuscht

Bonn (ap). In Bonner Regierungskreisen bedauerte man die jüngsten Äußerungen des polnischen Parteisekretärs Gomulka, wies jedoch gleichzeitig auf die Erklärung des Bundeskanzlers hin, er glaube nicht, daß Polen gegenwärtig auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Wert lege. Gomulka hatte am Sonnabend in einer Wahlrede den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen Bonn und Warschau verworfen und zugleich betont, die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau könnten erst dann normalisiert werden, wenn die Bundesrepublik alle „territorialen Forderungen“ fallenlasse und die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze anerkenne.

Adenauer hatte vor der Abreise nach Cadenabbia erklärt, er hoffe, daß es im Laufe der Zeit zu guten deutsch-polnischen Beziehungen komme. Das könne allerdings noch lange dauern. In politischen Kreisen der Bundeshauptstadt erklärt man jetzt, die harte Stellungnahme Gomulka müsse überraschen. Man werde sich aber weiter um eine Verständigung mit Polen bemühen und hoffe, daß im Laufe der Zeit die politische Vernunft bei der polnischen Regierung siegen werde.

„Bitterböse Worte“

Der SPD-Pressedienst schrieb am Montag, Gomulka habe „bitterböse Worte über die Bundesrepublik“ gesagt. Den vom polnischen Parteichef als Preis für die Aufnahme normaler Beziehungen geforderten Verzicht auf alle unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete könne „keine Bundesregierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag“, aussprechen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: HSV besiegte Burnley mit 4 : 1 Toren im Europa-Cup. Unser Bild zeigt Uwe Seeler (weißes Hemd). Unten: Schwäbische Jungen und Mädchen besuchten Bundespräsident Lübke in Bonn und brachten ihm heimatliche Geschenke.

